Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/1842

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

107. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 22. Januar 1964

108. Sitzung des Deutschen Bundestages am Freitag, dem 24. Januar 1964

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

I. 1. Abgeordneter **Porten**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Süddeutsche Rundfunk in der Jugendstunde des 1. Fernsehprogramms am 3. Januar 1964 um 17.00 Uhr einen sowjetzonalen Werbefilm für die „Volkspolizei" unter dem Titel „Christine und die Störche" gesendet hat?

I. 2. Abgeordneter **Porten**

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, damit im Rahmen des sogenannten Kulturaustausches mit der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands keine propagandistischen Hetzfilme verbreitet werden können, die der Agitation des Zonenregimes nur Vorschub leisten?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

II. 1. Abgeordneter **Buchstaller**

Welche konkreten Maßnahmen hat das Bundesverteidigungsministerium vorgesehen, um den Wünschen der Stadt Koblenz nach einer Verlegung des verkehrsgefährdenden Fahrschulbetriebes der Bundeswehr Rechnung tragen zu können?

II. 2. Abgeordneter **Buchstaller**

Ist in der Planung für 1964 zur Errichtung von Soldatenheimen auch die Garnisonstadt Koblenz enthalten, die bislang noch über keine Betreuungs- und Begegnungsstätte verfügt?

III. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

III. 1. Abgeordneter **Reichmann**

Sind Vermutungen zutreffend, daß die marokkanischen Soldaten der französischen NATO-Garnison in Donaueschingen durch französische Soldaten abgelöst werden und dadurch einer langjährigen Forderung der Bevölkerung entsprochen wird?

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg,
Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. 2. Abgeordneter **Reichmann**

Ist bekannt, bis zu welchem Zeitpunkt der in Frage III/1 erwähnte Austausch erfolgt bzw. wann er beendet sein wird?

III. 3. Abgeordneter **Wehner**

Hatte der deutsche Botschafter in Madrid, Allard, Weisung vom Auswärtigen Amt, Mitte Dezember an einem Vortrag Herrn von Papens in Madrid teilzunehmen, dessen Ausführung, wie aus Pressemeldungen hervorgeht, dem Ansehen der Bundesrepublik abträglich war?

III. 4. Abgeordneter **Strohmayr**

Was hat den Botschafter der Bundesrepublik in Spanien veranlaßt, offiziell eine Veranstaltung im Madrider Athenaeum zu besuchen, auf der der Reichskanzler a. D. Franz von Papen gesprochen hat?

III. 5. Abgeordneter **Strohmayr**

In welchem Sinne hat der Botschafter der Bundesrepublik in Madrid über die Papen-Veranstaltung nach Bonn berichtet?

III. 6. Abgeordneter **Erler**

Ist der Bundesregierung der Vortrag bekannt, den Herr von Papen im Madrider Athenaeum im Dezember 1963 über das Thema „Europa zwischen den USA und Rußland" gehalten hat?

III. 7. Abgeordneter **Erler**

Hält die Bundesregierung die Teilnahme eines Botschafters der Bundesrepublik Deutschland an einer Veranstaltung für richtig, auf der im Ausland von einem autoritären Regierungsformen anhängenden deutschen Staatsbürger Angriffe gegen die parlamentarische Regierungsform und gegen die in der Bundesrepublik Deutschland geltende Unabhängikeit des Rundfunks, des Fernsehens und anderer Informationsmedien von staatlicher Bevormundung gerichtet wurden?

III. 8. Abgeordneter **Rollmann**

Wie steht die Bundesregierung zu der Idee direkter Wahlen zum Europäischen Parlament?

III. 9. Abgeordneter **Rollmann**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregirung, den im Mai 1960 vom Europäischen Parlament verabschiedeten Abkommensentwurf über direkte Wahlen zum Europäischen Parlament in die Tat umzusetzen?

III. 10. Abgeordneter **Böhme (Hildesheim)**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Revision der europäischen Verträge dahin gehend anzustreben, daß das Europäische Parlament das Budgetrecht erhält?

III. 11. Abgeordneter **Böhme (Hildesheim)**

Ist die Bundesregierung bereit, eine Revision der europäischen Verträge dahin gehend anzustreben, daß das Europäische Parlament ein Mitwirkungsrecht bei der Bestellung der Exekutive erhält?

III. 12. Abgeordneter **Lemmrich**	Ist der verschiedentlich gemachte Vorschlag realisierbar, in der Bundesrepublik Deutschland direkte Wahlen zum Europäischen Parlament auch dann durchzuführen, wenn andere Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften sich an solchen direkten Wahlen nicht beteiligen sollten?
III. 13. Abgeordneter **Haase (Kassel)**	Wie beurteilt die Bundesregierung Vorschläge, die Zahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments zu erhöhen, um die Arbeit der europäischen Parlamentarier zu erleichtern?
III. 14. Abgeordneter **Holkenbrink**	Wie stellt sich die Bundesregierung eine verstärkte Mitwirkung des Europäischen Parlaments bei der europäischen Gesetzgebung der Ministerräte und der Exekutive der Europäischen Gemeinschaften vor?
III. 15. Abgeordneter **Dr. Mommer**	Ist bis zum Tage der Beantwortung dieser Frage eine Antwort der französischen Regierung auf die letzte deutsche Note in Sachen Argoud eingegangen?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

IV. 1. Abgeordneter **Dürr**	Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß eine wirksame Maßnahme des literarischen Jugendschutzes eingeleitet wird, wenn im Jahre 1964 vor der Bundesprüfstelle über die Einstufung eines Buches als jugendgefährdend verhandelt wird, das seit 1953 im Buchhandel zu haben ist?
IV. 2. Abgeordneter **Rollmann**	Wäre es nicht zweckmäßig, auf dem Einbanddeckel des Amtlichen Fernsprechbuches auf die Bedeutung der Sirenensignale im zivilen Bevölkerungsschutz hinzuweisen, damit sich die Bevölkerung über die Bedeutung dieser Signale sofort informieren und sie sich besser einprägen kann?
IV. 3. Abgeordneter **Schlee**	Bestehen nach Ansicht der Bundesregierung unüberwindliche Hindernisse gegen die Einbeziehung der Studenten der Pädagogischen Hochschulen in die Förderung nach dem Honnefer Modell?
IV. 4. Abgeordneter **Schlee**	Ist die Bundesregierung bereit, die Förderung nach dem Honnefer Modell auf die Studenten der Pädagogischen Hochschulen zu erstrecken, wenn keine unüberwindlichen Hindernisse bestehen sollten?

IV. 5.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wie viele Offiziere des Bundesgrenzschutzes sind seit 1959 auf Grund der gesetzlichen Altersgrenze vor Vollendung des 65. Lebensjahres in den Ruhestand getreten?
IV. 6.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Wie hoch sind die Versorgungslasten für den in Frage IV/5 genannten Personenkreis?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

V. 1.	Abgeordnete **Frau Meermann**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß sich das Sekretariat der Europäischen Kommission für Menschenrechte im Schriftverkehr mit Beschwerdeführern grundsätzlich nur der englischen bzw. französischen Sprache bedient und nur in Ausnahmefällen den schriftlichen Mitteilungen an deutschsprachige Beschwerdeführer eine deutsche Übersetzung beifügt, und dies, obwohl nahezu 80% der Beschwerden aus dem deutschen Sprachraum kommen?
V. 2.	Abgeordnete **Frau Meermann**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß eine Aufrechterhaltung der in Frage V/1 geschilderten Praxis die deutschsprachigen und keiner fremden Sprache kundigen Beschwerdeführer bei der Ausübung ihres Beschwerderechtes nach der Menschenrechtskonvention gegenüber anderen Beschwerdeführern benachteiligt?
V. 3.	Abgeordnete **Frau Meermann**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auf eine Abstellung des in Frage V/1 geschilderten Zustandes hinzuwirken und den uneingeschränkten Gebrauch der deutschen Sprache seitens des Sekretariats der Europäischen Menschenrechtskommission im Schriftverkehr mit deutschsprachigen Beschwerdeführern zu ermöglichen?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VI. 1.	Abgeordneter **Dr. von Haniel-Niethammer**	Ist die Bundesregierung bereit, ernstlich zu überprüfen, ob keine Möglichkeit besteht, dem offensichtlichen, der Steuermoral abträglichen Mißstand der Kapitalflucht neuzeitlicher Glücksritter in die Schweiz und Liechtenstein zu begegnen?
VI. 2.	Abgeordneter **Ritzel**	Wieviel vermögenswirksame Ausgaben sind im ordentlichen Teil sowie im außerordentlichen Teil des Entwurfs des Bundeshaushaltsplans für das Rechnungsjahr 1964 enthalten?
VI. 3.	Abgeordneter **Dr. Kohut**	Welche Gründe sind dafür maßgebend, daß mehr als 11 Jahre nach Inkrafttreten des Lastenausgleichsgesetzes für die Feststellung bestimmter Schadenstatbestände erforderliche Richtlinien, wie z. B. für die Bewertung von Steinbrüchen, noch nicht ergangen sind?

VI.	4. Abgeordneter **Meyer (Wanne-Eickel)**	Hat die Bundesregierung Überlegungen angestellt, sich für eine Erhöhung der Leistungen der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder einzusetzen, die auf dem Stand des Jahres 1954 stehengeblieben sind?
VI.	5. Abgeordneter **Meyer (Wanne-Eickel)**	Ist die Bundesregierung bereit, sich für eine Änderung des § 41 der Satzung der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder einzusetzen, damit auch hier die Witwenrente wie in der Rentenversicherung auf 60% erhöht wird?
VI.	6. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**	Hält die Bundesregierung es für richtig, daß die von Mitgliedern landwirtschaftlicher Maschinengemeinschaften beim Kauf von Landmaschinen gezahlten Anteilsbeträge als ein umsatzsteuerpflichtiges Entgelt angesehen werden?
VI.	7. Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Hat die Bundesrepublik 1963 auf Grund der Finanzierungsverordnung Nr. 25 der Brüsseler Vereinbarungen Geldbeträge an die EWG abgeführt?
VI.	8. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**	Warum wurde in dem — dem Haushaltsgesetzentwurf (Drucksache IV/1700) angefügten — „Funktionenplan" das Kindergeld unter „Versicherungswesen" eingeordnet?
VI.	9. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**	Billigt die Bundesregierung, daß im „Finanzbericht 1964" die Kosten nicht nur aller Volksschulen, Mittelschulen, Höheren Schulen, Berufsschulen und Fachschulen einschließlich der Schulverwaltungskosten, sondern sogar die Kosten aller Universitäten und Technischen Hochschulen mit über 10 Milliarden DM als „Familienausgleichsleistungen" hingestellt werden?
VI.	10. Abgeordneter **Dr. Wuermeling**	In welchem anderen Lande der Welt wird der — zum großen Teil durch Steuern der Familien selbst aufgebrachte — öffentliche Aufwand für Wissenschaft und Bildung in der in Frage VI 9 bezeichneten Weise den Familien angelastet?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

VII.	1. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Ist die Bundesregierung bereit, Überlegungen darüber anzustellen, den am 31. Dezember 1963 aus dem regionalen Förderungsprogramm ausgeschlossenen Raum Wilhelmshaven-Friesland weiterhin als „Problemgebiet" oder durch ein „Zentrales Ortsprogramm" zu fördern?
VII.	2. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Ist es vertretbar, daß die Zuschüsse für das regionale Förderungsprogramm im Raum Wilhelmshaven-Friesland so kurzfristig, wie es

		geschehen ist, eingestellt werden, daß die Durchführung großer angelaufener Projekte, wie z. B. eine Umstrukturierung des Küstenraumes in Friesland, gefährdet ist?
VII.	3. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**	Stimmt es, daß Verhandlungen über die Planung der Bebauung des Geländes bei der vierten Einfahrt in Wilhelmshaven für die Bundesmarine mit einem Ingenieurbüro in Darmstadt geführt werden?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

VIII.	1. Abgeordneter **Seither**	Teilt die Bundesregierung die in der Weihnachtsansprache des Bundesernährungsministers zum Ausdruck gekommene Auffassung, daß die Brüsseler Beschlüsse vom Dezember 1963 ohne nennenswerte Auswirkungen auf die Konzeption der Agrarpolitik der Bundesregierung sind?
VIII.	2. Abgeordneter **Seither**	Wird die Bundesregierung darauf bestehen, daß, bevor Preise in der EWG für Agrarprodukte festgesetzt werden, der Verordnungsvorschlag der EWG-Kommission über Preiskriterien behandelt und verabschiedet wird?
VIII.	3. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**	Welche Auswirkungen im Hinblick auf die Produktion und den Absatz landwirtschaftlicher Erzeugnisse erwartet die Bundesregierung von dem auf besonderes Drängen der deutschen Delegation gefaßten Ministerratsbeschluß, in alle bestehenden und neuen Marktordnungen eine Bestimmung einzufügen, wonach nicht nur der Artikel 39, sondern auch Artikel 110 des EWG-Vertrages Berücksichtigung finden muß?
VIII.	4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Gellersen)**	Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung zur Festlegung des gemeinsamen Stützungsniveaus für die Agrarerzeugnisse, bei denen bis zum Beginn der GATT-Verhandlungen noch kein gemeinsamer Preis festgelegt werden wird (Beschluß des Ministerrats vom 20./23. Dezember 1963)?
VIII.	5. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**	Wie hoch sind nach Ansicht der Bundesregierung die finanziellen Anforderungen an die Bundesrepublik für argrarpolitische Maßnahmen, welche in der gemeinsamen Verantwortung der sechs EWG-Partner liegen?
VIII.	6. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**	Aus welchen Gründen hat die Bundesregierung im Ministerrat der EWG auf die Beibehaltung des innerdeutschen Trinkmilch/Werkmilchausgleichs verzichtet, obwohl dieser Teil der bestehenden Milchmarktordnung den Handelsverkehr innerhalb der Gemeinschaft nicht berührt und für die Partner nicht diskriminierend ist?

VIII.	7. Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Kann die Bundesregierung schon Angaben machen über die Höhe der in den Jahren 1962 und 1963 eingegangenen Abschöpfungsbeträge bei Grenzüberschreitung von Agrarprodukten innerhalb der EWG?
VIII.	8. Abgeordneter **Dr. Ramminger**	Wie wurden die in den Jahren 1962 und 1963 eingegangenen Abschöpfungsbeträge bei Grenzüberschreitung von Agrarprodukten innerhalb der EWG verwendet?
VIII.	9. Abgeordneter **Ritzel**	Welche Haltung nimmt die Bundesregierung zu dem Entwurf einer Verordnung der EWG-Kommission ein, die den Begriff „Qualitätswein" nur für bestimmte Anbaugebiete in den EWG-Ländern gelten lassen will, ohne die deutschen Interessen genügend zu berücksichtigen?
VIII.	10. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Ist es zutreffend, daß die südbadischen Futtergetreideanbauer nicht in ausreichendem Maße französisches Mais-Saatgut einführen können, weil der Import angeblich von deutschen Stellen behindert bzw. kontingentiert wird?
VIII.	11. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß zumindest ein Teil der südbadischen Futtergetreideanbauer sich das französische Saatgut außerhalb der offiziellen Importe in Frankreich beschaffte?
VIII.	12. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**	Sieht das Bundesernährungsministerium Möglichkeiten, den in Fragen VIII/10, 11 geschilderten Zustand zu verbessern, namentlich auch im Hinblick auf den anstehenden verschärften Wettbewerb des Futtergetreideanbaues in der EWG?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

IX.	1. Abgeordneter **Ritzel**	Ist die Bundesregierung bereit, in geeigneter Weise darauf hinzuwirken, daß sämtliche in der CSSR zurückgehaltenen Versicherungsunterlagen der Heimatvertriebenen an den Arbeitsausschuß Sozialversicherung in München übergeben werden?
IX.	2. Abgeordneter **Katzer**	Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang das Gesetz zur Förderung der Vermögensbildung der Arbeitnehmer vom 12. Juni 1961 (BGBl. I S. 909) von der Wirtschaft bisher angewandt wurde?
IX.	3. Abgeordneter **Katzer**	Beabsichtigt die Bundesregierung eine Novellierung des Vermögensbildungsgesetzes noch in dieser Legislaturperiode mit dem Ziel, es künftig wirksamer zu machen?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

X. 1.	Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Welche Baumaßnahmen an der Bundesfernstraße München—Lindau werden mit Sicherheit im Jahre 1964 durchgeführt?
X. 2.	Abgeordneter **Kahn-Ackermann**	Wann ist damit zu rechnen, daß der Bau der Bundesfernstraße München—Lindau in das Bundesautobahn-Programm aufgenommen wird?
X. 3.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Ist dem Herrn Bundesverkehrsminister bekannt, daß die Zahl der Kinder, die vor oder in der Nähe von Schulen Opfer tödlicher Verkehrsunfälle geworden sind, in den letzten Jahren ständig gestiegen ist?
X. 4.	Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Bundesverkehrsminister zu ergreifen, um dem unter Frage X/3 geschilderten Zustand abzuhelfen?
X. 5.	Abgeordneter **Ertl**	In welcher Weise beabsichtigt die Bundesregierung den Bau der Autobahn München—Venedig zu fördern?
X. 6.	Abgeordneter **Hansing**	Wann gedenkt die Bundesregierung das Ratifizierungsgesetz zum internationalen Schiffssicherheitsvertrag, der 1960 abgeschlossen wurde, dem Bundestag vorzulegen und zu ratifizieren?
X. 7.	Abgeordneter **Hansing**	Entspricht es den Tatsachen, daß deutsche Werften, die seit 1961 Fahrgastschiffsneubauten durchführen, bei amtlichen Stellen die Vorschriften des 1960 abgeschlossenen internationalen Schiffssicherheitsvertrages nicht erhalten konnten?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XI. 1.	Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**	Ist der Herr Bundespostminister bereit, den Inhabern von Telefonanschlüssen die Möglichkeit zu geben, ihren Apparat (nach Einbau einer entsprechenden zusätzlichen Vorrichtung auf eigene Kosten) abzustellen, wenn sie keinen Telefonanruf entgegennehmen möchten, zumal die Möglichkeit des Auftragsdienstes in vielen Städten und Gemeinden nicht besteht?
XI. 2.	Abgeordneter **Regling**	Wieviel Jahre werden die Bundesdienststellen noch benötigen, um den Empfehlungen der Deutschen Bundespost aus dem Jahre 1961 „an alle Postkunden", zur schnelleren Einführung der Postleitzahlen diese auch stets bei der Absenderangabe zu verwenden, tatsächlich zu entsprechen?

XI. 3. Abgeordneter **Ertl**

In welcher Auflage ist der kostenlos verteilte Kalender der Deutschen Bundespost erschienen?

XI. 4. Abgeordneter **Cramer**

Ist das Bundespostministerium bereit, den Heiligen Abend und Sylvester in die gleiche Sonderregelung für Ferngespräche im Selbstwähldienst einzubeziehen, wie das für die Samstage, allgemeinen Sonntage und gesetzlichen Feiertage gilt?

XI. 5. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Hat die Bundesregierung in der Zwischenzeit vor Neuauflage der Amtlichen Fernsprechbücher das von mir in der Fragestunde vom 9. Mai 1963 angesprochene Problem „Eintragung niedergelassener Ärzte in die Amtlichen Fernsprechbücher" mit dem Ausschuß für Verkehr, Post- und Fernmeldewesen des Bundestages beraten, wie das von Staatssekretär Dr. Steinmetz in Aussicht gestellt worden war?

XI. 6. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Wie werden von der Bundesregierung die Verschlüsselungsgeräte, die die telefonisch gesprochenen Worte „zerhacken" und dadurch das Abhören durch Unbefugte verhindern sollen, in technischer und rechtlicher Hinsicht beurteilt?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XII. 1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Erwägt die Bundesregierung aufgrund jüngster Entwicklungen Maßnahmen zur Wiedereinführung der Meldepflicht für Geschlechtskrankheiten?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Dittrich**

Ist die Bundesregierung ebenfalls der Auffassung, daß es erforderlich ist, die Ausbildung der Apotheker den heutigen Erfordernissen anzupassen?

XII. 3. Abgeordneter **Dr. Dittrich**

Wie weit sind die Arbeiten an einem Gesetzentwurf einer Bundesapothekerordnung, die die Voraussetzung ist für den Erlaß einer neuen Prüfungsordnung für Apotheker, gediehen?

XII. 4. Abgeordneter **Dr. Dittrich**

Ist die Bundesregierung bereit, den Gesetzentwurf einer Bundesapothekerordnung dem Bundestag so rechtzeitig vorzulegen, daß er noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden kann?

XII. 5. Abgeordneter **Josten**

Wie beurteilt die Bundesregierung den Bericht von 10 amerikanischen Experten über die möglichen Folgen des Zigarettenrauchens?

XII. 6. Abgeordneter **Josten**

In welcher Weise will die Bundesregierung besonders die Jugend auf die Gefahren des starken Zigarettenrauchens hinweisen?

XII. 7. Abgeordneter **Josten**	Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag einen Bericht über die letzten Ergebnisse durchgeführter Untersuchungen vorzulegen, welcher folgende Punkte berücksichtigt: a) Zigaretten und Tabakverbrauch in der Bundesrepublik, b) festgestellte Gesundheitsschäden in diesem Zusammenhang?
XII. 8. Abgeordneter **Felder**	Ist die Bundesregierung bereit, dem Bundestag möglichst bald eine deutsche Übersetzung des aufsehenerregenden Berichts vorzulegen, den amerikanische Wissenschaftler zu dem Thema „Rauchen und Gesundheit" ihrer Regierung erstattet haben?
XII. 9. Abgeordneter **Felder**	Wird die Bundesregierung den zum Thema „Rauchen und Gesundheit" angekündigten Bericht der Medizinischen Akademie Düsseldorf unmittelbar nach seinem Erscheinen dem Bundestag zuleiten?
XII. 10. Abgeordneter **Felder**	Welche Stellung nimmt die Bundesregierung zu den Presseäußerungen ein, die besagen, die Arbeitsgemeinschaft rheinisch-westfälischer Pathologen sei im Gegensatz zu den jüngsten amerikanischen Studien zu dem Ergebnis gekommen, daß für das Entstehen von Lungenkrebs weniger das Zigarettenrauchen als vielmehr die Einwirkung der Autoabgase und der Luftverunreinigung durch die Industriebetriebe verantwortlich zu machen ist?
XII. 11. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Vertritt die Bundesregierung die Auffassung, daß auf Grund der Vorschriften des Deutschen Arzneibuches zur Herstellung von Injektions- und Infusionslösungen und von Augentropfen nur destilliertes Wasser und nicht demineralisiertes Wasser verwendet werden darf?
XII. 12. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach)**	Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, in denen Hersteller von Injektions- und Infusionslösungen und von Augentropfen demineralisiertes Wasser verwenden?
XII. 13. Abgeordneter **Fritsch**	Kann die Bundesregierung in Ergänzung der Mitteilung im Bundesanzeiger Nr. 6 vom 10. Januar 1964 darüber Auskunft geben, wie hoch der Anteil der Tuberkuloseerkrankten an den Einwohnerzahlen anderer europäischer Länder, z. B. Frankreichs und Englands, ist?

Bonn, den 17. Januar 1964